

Die sich verkaufen oder: Für sie führt kein Weg zurück

Die Hamburger Zeitung „Die Welt“ veröffentlichte am 12. Oktober 1960, einen Bericht, in dem Gespräche mit Intellektuellen wiedergegeben sind, die die Deutsche Demokratische Republik verrieten. Einer der Interviewten war der Literat Gerhard Zwergen, der Gerhard Zwergen, der im Jahre 1956 die zersetzenden Ideen von einem „dritten Weg“ für die politische Entwicklung in Deutschland in unserer Republik und besonders auch an unserer Universität kolportierte.

„Als ich ihn besuchte“, schreibt der Reporter der „Welt“, „hatte er gerade mit seiner Familie (Frau, Kind, Schwägerin) zwei Hungertage im Bett verbracht. Dann trafen zwei Tage hintereinander Honorare ein. Sie sind so unregelmäßig, daß ihm kein monatlicher Schnitt einfällt. Die einzige feste Summe ist die Miete für seine Wohnung: 120 D-Mark. ... Ich bin ziemlich irritiert“, sagte Zwergen: „Wenn ich schreiben kann ich nicht einfach schreiben, wie ich möchte. Es drängen sich sofort Stimmen darzwischen. Die von rechts sagen: Du stehst links. Die von links: Du stehst rechts. Aber ich muß schließlich meine Familie ernähren.“

Daß er, der Verräter, immer tiefer und tiefer sinkt, seitdem er für einen Hungerlohn sich völlig den Verbrechern in Bonn ausgeliefert und ihnen seine Feder leiht, davon zeugen u. a. eine Serie primitiver Hetzartikel gegen Walter Ulbricht, davon zeugt auch ein Artikel, der im vergangenen Monat im Feuilletonteil der in Köln herausgegebenen „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung“ erschien und der uns betrifft, die wir in Leipzig leben und ar-

beiten. Unter der Überschrift „Leipzig — führt kein Weg zurück“ ist eine ganze Seite gefüllt. Er bekam sein Honorar, und die Herren der „öffentlichen Meinung“ in Westdeutschland hätten das, was sie brauchten, um der Friedensinitiative der westdeutschen Staaten und der Deutschen Demokratischen Republik zu begegnen: Ein schauriges Bild von materielle und geistliche Armut, Verfall und Schrecken — ein Aufruf zum Widerstand.

Zwergen hatte gut begriffen, was man von ihm erwartete. So läßt er das Lachen der Schulkinder wie Sand unter den Füßen der Aufseher knirschen, Aufseher mit argwöhnischen Gesichtsmasken. Er läßt seine „Traumbilder“ vor den Lesern vorüberziehen: graue und leere Straßen, hohle Fenster, lautloser Nebel, und läßt auch die Leipziger von Rabengedrächz in der Luft klingen, gelblich-grauen Straßen, und durchscheinenden Polizisten träumen.

Natürlich weiß er selbst, wie sehr er seiner krankhaften Phantasie freien Lauf läßt. Er verschleiert deshalb seine Lügen

notdürftig und tritt allen „Besserwissern“ entgegen mit der albernen Bemerkung: „... zur Messezeit aber reißt sich Leipzig, eine Stadt richtet sich auf, erwacht für eine kurze Zeitspanne zur Großstadt... mit freundlichen Schutzmannen und abgelegten Parteibzeichen...“

Pathetisch ruft er nach dem legendären sächsischen Freiheitskämpfer Karl Stülpner: „... alter ehrlicher Räuber, in welchem Dicksicht, welcher Höhle, welcher Einsamkeit hältst du dich verborgen?“

Nie einen einzigen Fakt unseres Lebens aufgreifend, sondern sich allein in Visionen ergebend, sieht er wie die rühmvollen Traditionen unserer Vergangenheit eingemauert und „liquidationsreife Klassen“ dem Untergang geweiht werden. Die Studenten unserer Universität sind für ihn „Nachwuchs für Staat und Partei, Zuchtthaus und Flüchtlingslager, Straße und Regierungspalast“.

Über die Leipziger Studenten hat er sich noch etwas besonderes ausgesprochen: „Ich kann sie nicht vergessen, jene stillen Studenten, die zur Messe ins Hansahaus gehen, wo die Verlage ihre Bücher ausstellen und die stunden- und tagelang an den westlichen Ständen bleiben und die von westlichen Verlagen verlegten Bücher lesen, deren man sonst nicht habhaft werden kann — und die dann allen Mut und alle verzweifelte Kältschnauzigkeit aufbieten und sich eins der begehrten Bücher unter die Jacke schmuggeln — Studenten, die Bücher mausen, um Herr der geistlichen Abgeschlossenheit und Armut zu werden...“

Wir möchten es dem Urteil unserer Leser überlassen, unserer Studenten und Wissenschaftler, auf wessen Seite hier geistige Armut zu finden ist.

Aber es ist ja nicht nur geistige Armut. Wie tief muß dieser Staat der Militaristen gesunken sein, in welcher miserablen, auswegloser Lage muß er sich befinden, da er sich eines solchen Subjektes wie Zwergen bedient, dessen Geschwäbel sich durch

Ich kann sie nicht vergessen, jene stillen Studenten, die zur Messe ins Hansahaus gehen, wo die Verlage ihre Bücher ausstellen, und die stunden- und tagelang an den westlichen Ständen bleiben und die von westlichen Verlagen verlegten Bücher lesen, deren man sonst nicht habhaft werden kann — und die dann allen Mut und alle verzweifelte Kältschnauzigkeit aufbieten und sich eins der begehrten Bücher unter die Jacke schmuggeln — Studenten, die Bücher mausen, um Herr der geistlichen Abgeschlossenheit und Armut zu werden

Manchmal träume ich von Leipzig. Es sind immer wieder die seltsamen, grünlichen, gelblichen, kargen, düsteren, langweiligen, grauen Straßen und an ihnen im Enden einen Polizisten, der den Verkehr regelt. Über die Straßen ist es, die Fenster der Häuser sind hoch und von Katzen bewohnt. Ich sehe viele Katzen, aber der Schutzmann am Straßeneck hebt seine Arme und weist nach links und rechts, und wir sind von einem lautlosen Nebel umgeben, den von den Dächern tropft oder auch vom fernen, unsichtbaren Himmel, dessen Anwesenheit man nur ahnt. Ich kenne viele Leipziger, die von ihrer Stadt träumen, und auch ihr Trauminventar ähnelt dem meinen: lange, gelblich-graue Straßen mit Rabengedrächz in der Luft und einem Schutzmann vor dem man sich fürchtet und versteckt, klopfende Eis unterm Pflaster, die Straße selbst leer, dann Begegnungen mit klanglos verstorbenen, dazwischen Spinnklänge, Klangsetzen, die von Bach'stammen können oder auch von Mendelssohn-Bartholdy; die Traumnacht verwischt die Differenzen, Zeit und Ton vermengen sich mit Erinnerungsbildern: die lädierte Quaderfront des Reichsgerichts, gegenüber das Polizeipräsidium, gerade wird von der Lubbe zum Schaftoff geführt, sein entsetztes Gestamm weht durch die nebelnassen Straßen, die Beteuerung seiner Unschuld angesichts des Henkers, der ihn in die Arme nimmt, und durch die Jahre fallen die Bomben, in den Kellern hinter der neuverstandenen Pathologie liegen die Leichen der Jahrhundertzugehör, aus dem Dreißigjährigen Krieg und vom siebzehnten Juni, aus Napoleons Armes und aus den Widerstandskreisen gegen Hitler und Ulbricht.

den Begriff Lüge nur unvollkommen kennzeichnen läßt! Und wie tief kann der Verrat an der Deutschen Demokratischen Republik in den Sumpf der Unmoral führen! Für Judasgroschen bledert er sich an, läßt er sich alles anfallen, was man von ihm verlangt. Das ist die erbärmliche Physiognomie des Verräters Zwergen und nicht nur seine.

Indessen, es ist schon etwas Wahres an seinen krankhaften Impressionen und verlogenen Bildern, die dazu dienen sollen, Mitleid und Zorn bei der westdeutschen Bevölkerung künstlich zu erzeugen. Sie sind die Widerspiegelung seiner eigenen hoffnungslosen Lage, und es spiegelt sich darin das allgemeine Krankheitsbild des klerikal-militaristischen Systems in der Westzone wider mit seiner Vergewaltigung der Demokratie und der Niederschlagung des Geistes durch staatliche Gewalt.

Und auch im letzten Satz seines Artikels ist etwas Wahres enthalten: „Für uns, die wir sie (die Stadt Leipzig) bei Nacht und Nebel verlassen mußten, führt kein Weg zurück.“ Für ihn und seinesgleichen führt tatsächlich kein Weg zurück, er geht mit dem System zugrunde, das ihn aushält.

Dieser Weg in den moralischen Morast sollte allen zu denken geben, die heute zwar den Anfang, nicht aber das Ende dieses Weges sehen. Wer in den Staat der Hitler-Generale und der Eichmann-Komplizen geht, der gibt — ob er es will oder nicht — humanistische Gesinnung und wahre Sittlichkeit für dreißig Silberlinge preis. Er verläßt den Staat des geistlichen sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Aufstiegs.

Auch das Bild, welches der psychopathisch anmutende Literat Zwergen von unserer Republik, unserer Stadt und von den Angehörigen unserer Universität entwirft, wird nicht ewig noch einige darüber hinwegtäuschen können, daß die DDR der zukunfts-trächtige deutsche Staat ist, in dem Vernunft und Gesittung ihre Heimstätte haben.

Günter Lippold

Dr. Weichsel. Die andere: „Für mich ist es selbstverständlich, daß ich mich, wo immer sich eine Gelegenheit findet, mit meinen Kollegen und Freunden, mit allen Menschen, die zu mir kommen, über die brennenden Tagesprobleme unterhalte. Ebenso klar ist Dr. Weichsel Meinung zum Friedensplan, die er am Schluß unseres Gesprächs äußerte.“

„16 Jahre nach Beendigung des letzten Krieges ist es höchste Zeit, daß zwischen den Staaten, die gegen Hitler im Krieg gestanden haben und den jetzigen beiden deutschen Staaten ein Friedensvertrag abgeschlossen wird. Man kann sich kein großzügigeres Angebot vorstellen, als das von Chruschtschow gemachte: Die Alliierten sollten sich mit jeder Regelung einverstanden erklären, die vom deutschen Volk selbst vorgeschlagen wird. Unser Friedensplan stellt eine für alle Deutschen annehmbare Grundlage für diesen Friedensvertrag und somit für die Wiedervereinigung dar. Deshalb sollten alle Bürger unseres Staates ihre Fähigkeiten in den Dienst unserer guten Sache stellen. Gerade bei der Vorbereitung der Wahlen hat jeder das Recht und die Pflicht, durch seine Mitarbeit und seine Stimme unsere Aufgaben lösen zu helfen und damit zur Formung des eigenen Schicksals beizutragen.“

Warum ich dafür bin

Am 17. September dieses Jahres werden viele junge Menschen, darunter auch ich, das erste Mal in ihrem Leben ihre Stimme bei den Volkswahlen abgeben. Verschiedene Gedanken werden uns Jungwähler vor diesem bedeutenden Ereignis und am Wahltag selbst begegnen. Wir müssen uns darüber klar sein, welche neuen Rechte und Pflichten wir bei der Wahl übernehmen, welches Gewicht unsere Stimme hat und welchem politischen Ziel sie zum Erfolg verhelfen wird.

Seit Jahren kann ich lernen, ohne auch nur einen Pfennig dafür zu bezahlen. Im Gegenteil, ich bekomme ein ausreichendes Stipendium. Ich kann studieren und den gewünschten Beruf ergreifen, kurz, ich genieße die ganze großzügige Unterstützung unseres Staates. Das ist die eine Seite. Zum andern sorgt unser Staat dafür, daß

ich in Frieden meinem Studium nachgehen und später meinen Beruf ausüben kann. Das sind zwar keine großen Neuigkeiten, wohl aber überzeugende Gründe, mich bei der Wahl für die Menschen zu entscheiden, die mir durch ihre ganze bisherige Arbeit dieses Leben ermöglicht haben.

In meiner Arbeit im Jugendverband und als junge Genossen habe ich mich bemüht, ihnen nachzuempfehlen und durch gutes Lernen einen Teil des Dankes an sie abzutragen. Wenn ich kurz vor den Wahlen in Leipzig mit dem Studium beginne und mich um einen guten und schnellen Start für das erste Studienjahr bemühe, wird das mein Beitrag dafür sein, daß die Wahlen ein Erfolg werden.

Bärbel Marx, kommissarische 1. Studentin der Fakultät für Journalistik

Fünf Jahre nach dem Verbot der KPD

Kommunisten und Bundestagswahlen

Von Wilfriede OTTO

„Freie Wahlen“ in der „freien westlichen Welt“, ja so ist es. Frei von der demokratischen Gesetzlichkeit. Denn schon wenn der Inhalt des Bonner Grundgesetzes voll in die Tat umgesetzt werden könnte, würde sich im gesellschaftlichen Leben Westdeutschlands manches anders gestalten. Aber so, da die Wahlen frei sind von den Normen der Gesetze, ist es um die Demokratie sehr schlecht bestellt. Nur was den Herren Adenauer, Strauß, Globke zum Nutzen gereicht, ist frei und zulässig. Polizei und Justiz veranstalten in den Fragen der Wahlvorbereitung eine Menschenjagd auf alle konsequenten Anhänger einer Politik des Friedens und der Koexistenz. Allein in der letzten Julihälfte wurden zehn westdeutsche Bürger verhaftet und 15 zu 144 Monaten Gefängnis bestraft. Es ist nicht unwesentlich, wenn Bankier Robert Ferdnenges den Vorsitzenden der CDU in Nordrhein-Westfalen, Johnen, veranlaßt, statt eines Vertreters des Händlervereins den Mann des Thyssen-Konzerns, Dr. Dichtgens, auf die Landesliste der CDU zu setzen. Der Stahl-Lobbyist ist entschieden wichtiger, denn der Thyssen-Konzern bestreitet allein laut Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ 50 Prozent des Wahlfonds der CDU. Daraus ist erklärlich, wieso von den 246 aufgestellten CDU-Kandidaten kein einziger als Beruf Arbeiter angibt.

Kommunistische Einzelkandidaten in den Kerker gesperrt

Doch was geschieht mit den Kandidaten, die wirklich auf dem Boden der Demokratie stehen? Organisierte Wahlbehinderungen gegen sie sind in den letzten Wochen keine Seltenheit. Die Skala reicht von Versammlungs- und Redeverböten über Beschlagnahmungen von Flugblättern bis zur widerrechtlichen Festnahme. Hitlergeneral Manneff wurde nach kurzem Verfahren auf freien Fuß gesetzt, aber die kommunistischen Einzelkandidaten, deren Verlangen mit dem völkerrechtlichen Dokument von Potsdam und dem Bonner Grundgesetz übereinstimmen, werden zu politischen Gefangenen des Bonner Regimes. Als einzige Partei verfügt die KPD über ein klares Programm, das die nationalen Belange des ganzen deutschen Volkes und die Interessen der verschiedensten Schichten vertritt.

Was will das Aktionsprogramm der KPD für „Frieden, Demokratie und sozialen Wohlstand“? Sicherung des Friedens; eine gesamtdeutsche Kommission erhält den Auftrag, einen Friedensvertrag auszuarbeiten; Verbot der Rassen- und Völkerverhetzung und aller chauvinistischen Propaganda; wahrhaft demokratische Funktionen für den Bundestag; alle Gesetze, die die demokratischen Grundfreiheiten des Volkes ausschalten, sollen aufgehoben werden; demokratisches Recht für die Betriebsräte und Gewerkschaften; soziale Sicherheit für die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Bauern und des Mittelstandes; für Frauen und Jugendliche ein gleichberechtigter Platz im gesamten gesellschaftlichen Leben. Gegen wen sollen diese Forderungen verstößt, wenn Artikel 20 (2) des Grundgesetzes festlegt, alle Staatsgewalt geht vom Volke aus und Artikel 25 (1) Handlungen verbietet, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. Erinnern sich die Herren von der CDU/CSU gar nicht mehr daran, was die SPD in den ersten Jahren auf ihre Fahnen geschrieben und die CDU/CSU in ihrem Ahlener Programm verlangt hat? Alle Zusagen von der Sozialisierung und einem freien demokratischen Leben erweisen sich als ein gemeiner Trick, um das Volk irrezuführen. Und die, die diese „christlichen“ Zusagen heute wörtlich nehmen, gefährden die angeblich „christliche“ Ordnung Adenauers und Globkes. Für den Antifaschisten Neumann, der Hitlers Konzentrationslager kennengelernt hat, ist nur im Gefängnis ein Platz reserviert. Karl Schabrod und Hugo Felscher aus Hamburg sitzen im Kerker, nur weil sie ihr verfassungsmäßiges Recht in Anspruch nahmen und für die Bundestagswahl kandidierten. Obwohl Artikel 48 Absatz 2 des Bonner Grundgesetzes bestimmt, niemand darf daran gehindert werden, das Amt eines Abgeordneten zu übernehmen, erhielt Toni Petersen vom Landeswahlleiter in Hamburg, Senatspräsident Birkholtz, keine Unterschriftenliste, um sich als Bundestagskandidat aufstellen zu lassen.

Wie begründen sie diese Gesetzeswidrigkeiten? Einfach damit, daß die KPD keine legale Organisation sei. Doch ganz abgesehen davon hat das Verbot einer Organisation mit dem verfassungsmäßig garantierten Recht sich als Einzelkandidat der Wahl zu stellen, nichts zu tun. Aber auch das gefällige Urteil gegen die KPD ist höchst undemokratisch, Artikel und Paragraphen sind kein Hindernis. Im Falle der KPD erführen sie eine solche Sinnentstellung, die zu ihrem wirklichen rechtlichen Inhalt in Widerspruch steht. Allerhand Kraft war erforderlich; denn fünf Jahre brauchten die Bonner Richter, um für die Anklage gegen die KPD Material zu sammeln.

Rufmord soll aufrechte Demokraten ausschalten

Was sollte damit erreicht werden? Um das Ziel, rasch aufzuräumen, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen und die demokratischen Grundrechte noch weiter einzuschränken, ist eine legale KPD, die, wie es im Urteil heißt, nach Kriegsende einen über die zahlenmäßige Stärke ihrer Anhänger hinausgehenden Einfluß im staatlichen Leben ausübte, eine Gefahr gewesen. Angst steckt in den Gliedern der imperialistischen Bourgeoisie. War im ersten Weltkrieg die Arbeiterbewegung legal, so versuchte Hitler durch blutigsten Terror den zweiten Weltkrieg zu gewinnen. Die „schlau gewordenen“ Bonner Machthaber wollen auf einem anderen Wege ihre aggressiven Absichten erfolgreich verwirklichen. Mit dem Verbotsurteil gegen die Kommunisten wollte man die Wehrkräftigen und alle friedliebenden Menschen ihrer

konsequenten Führung berauben, um einen großen Teil der Arbeiterklasse auf die militaristischen Positionen herüberziehen zu können. Nicht nur die Kommunisten sollten ausgeschaltet, sondern der Widerstand aller demokratischen Kräfte sollte unterdrückt werden. Gleichzeitig galt es, eine Handhabe zu schaffen, um all die Menschen, die für ein entmilitarisiertes demokratisches Deutschland und für eine friedliche Wiedervereinigung eintreten, der „kommunistischen Wühlarbeit“ und des Verstoffes gegen die klerikal-militaristische Herrschaft beschuldigen und der Willkür der faschistischen Blutrichter des Bonner Staates ausliefern zu können. Doch auch bei dieser Argumentation sind ihnen Grenzen gesetzt, denn nicht jeder Friedensanhänger ist Kommunist. Will man auf die Dauer alle verständigungsbereiten Kräfte als Kommunisten bezeichnen, so würde Bonn der KPD unfreiwillig großen Einfluß zugehen. Deshalb greift man nach einem weiteren Mittel — dem Rufmord.

In Bezug auf die Wahlpropaganda in diesem Jahr hat das bereits solche Ausmaße angenommen, daß sich namhafte westdeutsche Juristen und Staatsrechtler wie Prof. Dr. Abendroth, Marburg; Prof. Dr. Wolf, Göttingen; Prof. Dr. Hupfeld, Heidelberg, u. a. veranlaßt fühlen, in einem offenen Brief von Parteivorständen zu verlangen, Kandidaten und Politiker der oppositionellen Kräfte nicht mehr zu verleumden und zu diffamieren. Alle diese Festnahmen und politische Verböte, so heißt es in dem Brief weiter, sollen „anscheinend die Wähler einschüchtern, wenn nicht die Opposition gegen die Regierungspolitik ganz unterdrücken“. Genauso ist es gemeint.

Der Kampf der Kommunistischen Partei, der viele komplizierte Fragen umfaßt, ist unter diesen Verhältnissen sehr schwer. Unter den Bedingungen der Illegalität und des Terrors der Adenauer-Justiz muß die Partei ihre eigenen Reihen festigen, muß sie aufklären über die Gefährlichkeit des deutschen Militarismus, muß sie eine breite Kampffront aller friedliebenden Kräfte gegen die Atomkriegsgefahr schaffen und zugleich für die demokratischen Rechte der Werktätigen und den Aufbau einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung in Westdeutschland kämpfen. Zum andern wirken seit langem eine Reihe Faktoren, die dazu beitragen, die Kampfkraft der Arbeiterklasse und die Siegesversicht der Werktätigen zu untergraben. Rechte Führer der SPD nutzen ihren traditionellen Einfluß in der Arbeiterklasse und unterstützen direkt den antinationalen Kurs der Adenauer-Strauß-Mannschaft. Seit mehr als 25 Jahren werden die Massen mit der imperialistischen und revisionistischen Theorie und mit dem Antikommunismus überschüttet. Mit der durch die Unterstützung des amerikanischen Imperialismus hervorgerufenen Konjunktur und der riesigen Propagandaaufwand „Wirtschaftswunder“ und „soziale Marktwirtschaft“ sollte vom Kampf gegen den Revanchismus und die atomare Kriegsvorbereitung abgelenkt werden.

Forderungen der Kommunisten werden zum Gedankenquint von immer mehr Menschen

Ist es auch noch nicht zu organisierten Aktionen der Volksmassen in ganz Westdeutschland gekommen, ist der Grad der Erkenntnis und ihres Regierens noch sehr unterschiedlich, so ist es den westdeutschen Militaristen aber auch nicht möglich gewesen, Friedhofsrufe herzustellen. Erinnern wir uns an den Widerstand der Einwohner Dortmunds Anfang 1959 gegen die Stationierung eines britischen Raketenregiments. In allen Betrieben, Institutionen und in den Geschäften wurde am 4. Februar 1959 für zehn Minuten die Arbeit niedergelegt. Ostern 1961 stand im Zeichen des Kampfes gegen die Atomwaffen. Rund 3000 Teilnehmer auf dem Frankfurter Römerberg, mehr als 1000 Menschen in München; alle zusammenschlossen durch den Willen, „Besser Ko-Existenz als No-Existenz“. Das brennendste Problem unserer Zeit, das Problem von Krieg und Frieden, ist eben nicht nur eine Angelegenheit der Kommunisten, sondern verlangt von jedem aufrichtigen Deutschen, sich den Bonner Ultras entgegenzustellen. Gewollt oder ungewollt werden die Forderungen der Kommunisten zu dem Gedankenquint vieler Menschen. Die im Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei gestellten Aufgaben sind die einzige Alternative zu der koexistenzfeindlichen und antinationalen Politik des Bonner Staates. Wenn alle Atomwaffengegner und alle Anhänger der „Deutschen Friedens-Union“ gleichfalls für Rüstungstopp und für die Diskussion eines Friedensvertrages, gegen die allgemeine Wehrpflicht eintreten müssen, um Deutschland vor einem dritten Weltkrieg zu bewahren, so ist das ein Beweis dafür, daß die Kommunisten keine Sonderinteressen vertreten, sondern eins sind mit den Anliegen der deutschen Nation, Christen, Sozialisten, Liberale und Konservative, die sich in der „Deutschen Friedens-Union“ vereinigt haben, stellen der „am Rande des Krieges balancierenden Politik“ die Politik des Friedens und der Entspannung gegenüber. Albert Schweitzers Bekenntnis zur „Deutschen Friedens-Union“ zeigt die Übereinstimmung der Partei mit den humanistischen Traditionen des Friedens-Nobelpreisträgers.

Im Wahlauftritt der KPD versichern die Kommunisten, daß sie alle politischen Kräfte und Kandidaten, die für den Frieden eintreten und für den Abschluß eines Friedensvertrages, unterstützen. Gleichfalls verdienen die Vertreter der Kommunistischen Partei, die mit ihren Ansichten offen vor die Bevölkerung treten, die Anerkennung und aktive Hilfe aller friedliebenden Kreise. Westdeutschland braucht eine legale kommunistische Partei, damit die Volkkräfte stark genug werden, um eine Wende in der Bundesrepublik herbeizuführen.

Universitätszeitung, Nr. 23, 15. 8. 1961, S. 5



UZ stellt Abgeordnete vor

Nach Arbeitsschluß stark beschäftigt: DR. WEICHSEL

Herr Dr. Weichsel ist Naturwissenschaftler, Mitarbeiter der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, Redaktion des Pögen-Greif-Handbuchs. Aber nicht deswegen machen wir uns auf den Weg zu ihm in die Universitätsbibliothek. Sondern es ist bekannt, daß Herr Dr. Weichsel nach Arbeitsschluß ein nicht minder stark beschäftigter Mann ist. Und das war's, was uns zu ihm führte: Dr. Weichsel, Mitglied der LDPD, vertritt als Abgeordneter die Wähler des Stadtbezirks Mitte. Wir haben den sympathischen Wissenschaftler, um ein wenig von seiner Funktion zu erzählen.

Wer weiß, daß er Vorsitzender des Kulturbundes im Stadtbezirk Mitte ist, den nimmt es nicht wunder, wenn er sagte: „Am meisten liegt mir als ehrenamtlichem Stadtrat die kulturelle Arbeit in allen Wohnbezirken am Herzen. Noch oft wird die Kultur als fünftes Rad am Wagen behandelt, obwohl sie doch gerade für unsere arbeitenden Menschen Quelle der Entspannung und der neuen Kraft ist.“

Ein Sorgenkind wären die Kulturzentren in den Wohnbezirken, sagt er: „Oft werden die Gelegenheiten, in den Klubsräumen nach Feierabend noch Schach, Tischtennis zu spielen oder sich zu unterhalten, nicht wahrgenommen.“

Die Ständige Kommission für Kultur, die Herr Dr. Weichsel betreibt, hält hier die Fäden in der Hand, arbeitet mit den Clubs, leitet die Monatspläne aus, hilft und spricht vor allem mit den Menschen, um sie hinter dem Ofen hervorzulocken.“

Sportforum soll es überall sein, das ist unser Ziel“, sagte Dr. Weichsel. Diejenigen, die mit diesem Club Freundschaft geschlossen haben, möchten die Abende bei Sport, Spielen und Gespräche, Filmdiskussionen u. a. m. nicht missen.

Großen Wert legen die Verantwortlichen im Stadtbezirk Mitte in Zukunft darauf, daß sozialistische Brigaden und Kollektive auch außerhalb der Arbeit zusammenkommen und sich ab und zu gemeinsam in den Clubs treffen.

Das war die eine Seite der Funktion

Das war die eine Seite der Funktion